Dienstag, 08. September 2020, 12:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Freiheit oder Neoliberalismus

Wenn wir es nicht wagen, die Geldadelsherrschaft anzugreifen, wird es nur noch so viel Demokratie geben, dass sich das Großkapital nicht davon gestört fühlt.

von Christian Kreiß
Foto: oneinchpunch/Shutterstock.com

Milton Friedman sagte 1991 in einer Rede: „Politische Freiheit (…) hat die Tendenz, die wirtschaftliche

Freiheit zu zerstören“ (1) . Milton Friedman ist nicht irgendwer. Er ist einer der Hauptarchitekten und Vordenker des heute fast weltweit verbreiteten Neoliberalismus und dürfte damit der einflussreichste Ökonom der letzten 50 Jahre sein. Er stellt in dieser Rede eine wichtige Frage: Ob wirtschaftliche und politische Freiheit miteinander vereinbar sind oder nicht. Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden, aber unter umgekehrtem Vorzeichen: Hat eine neoliberale, wenig regulierte, wenig soziale Marktwirtschaft die Tendenz, die politische Freiheit und die Demokratie zu zerstören?

Angesichts der Aushebelung vieler Grundrechte und der zahlreichen Freiheitseinschränkungen im Zuge der Corona-Maßnahmen stellt sich diese Frage heute sehr viel intensiver als früher: Ist freiheitliche Demokratie mit neoliberaler Marktwirtschaft vereinbar? Meine Antwort: nein.

> ***Die freiheitseinschränkenden Corona-Maßnahmen zeigen wie im Vergrößerungsglas lediglich eine Entwicklung auf, die im Hintergrund schon lange im Gange war, sie beschleunigen nur diesen Trend und spitzen ihn zu.***

Es dürfte daher kein Zurück zum status quo ante geben, kein Zurück zu den Jahren vor 2020.

Zunächst soll der Begriff „neoliberale Marktwirtschaft“ präzisiert werden. Er wird im Folgenden im Sinne von Milton Friedman verwendet, der auch häufig schlicht von „Kapitalismus“ spricht (2).

Damit ist eine möglichst wenig ins Marktgeschehen eingreifende Wirtschaftspolitik gemeint, was vor allem Steuersenkungen, Deregulierung und Sozialabbau bedeutet sowie für Unternehmen das ausschließliche Verfolgen des Gewinnmaximierungsprinzips (shareholder value) (3) ohne Rücksichtnahme auf gesellschaftliche Belange durch Konzernlenker, denn das „schadet den Fundamenten einer freiheitlichen Gesellschaft“ (4). Man könnte auch vom Modell einer „Laissez-Faire-Marktwirtschaft“ sprechen.

Es ist also im Folgenden ausdrücklich NICHT die Rede von „Sozialer Marktwirtschaft“, sondern von einer Wirtschaftsordnung mit einem möglichst schwachen, möglichst wenig eingreifenden Staat, in dem so viel wie möglich privatisiert und so viel wie möglich den Marktkräften überlassen ist. Eine Wirtschaftspolitik mit dieser Grundausrichtung haben wir seit den 1980er Jahren praktisch weltweit gesehen. Man kann in diesem Zusammenhang vom Siegeszug des Neoliberalismus und des Shareholder-Value-Prinzips sprechen (5).

> ***Diese Art neoliberale, kapitalfreundliche Wirtschaftsordnung führt zu Geld- und Kapitalströmen, die langfristig nicht nur unsere freiheitliche Demokratie schwächen, sondern sie zuletzt zerstören müssen.***

Und das geschieht auf folgende Weise.

In jedem Produktpreis ist ein so genannter Kapitalanteil enthalten. Ein Beispiel: Im Brotpreis steckt eine Kompensation für den Bodeneigentümer und die Kapitalgeber. Jedes Mal, wenn wir Brot kaufen, fließt ein bestimmter Anteil des Kaufpreises an die Eigentümer von Boden und Kapital (z.B. für den Traktor, die Mühle, den Backofen) in Form von Pachten, Mieten, Dividenden oder Gewinnen und Zinsen. Das gilt für alle Produkte und Dienstleistungen, die wir kaufen. Der größte Teil dieser Zahlungen sind so genannte leistungslose Einkommen, also Einnahmen, die

man bekommt, ohne dafür arbeiten zu müssen. Diese Einkünfte bezeichnen die Ökonomen als „Renten“, das sind Einnahmen, denen keine Arbeitsleistung gegenübersteht, leistungslose Einkommen, die man einfach dafür erhält, dass man Vermögen besitzt.

Diese leistungslosen Einkommen belaufen sich in Deutschland auf über 500 Milliarden Euro pro Jahr (6). Das ist sehr viel Geld. Zum Vergleich: Der deutsche Bundesfinanzminister hatte vor Corona im Jahr ungefähr 340 Mrd. Euro zur Verfügung, also deutlich weniger. Bezogen auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte von gut 1.700 Mrd. Euro beträgt die Abgabenquote der privaten Haushalte an die Vermögenseigentümer bzw. Rentiers also etwa ein Viertel bis ein Drittel. Jeder von uns zahlt also täglich Dividenden, Mieten, Pachten und Zinsen in Höhe von einem Viertel bis ein Drittel des Preises der Produkte und Dienstleistungen an die Bezieher dieser leistungslosen Einkommen, auch wenn wir keinen Kredit bei der Bank aufgenommen haben und in den eigenen vier Wänden wohnen.

An wen fließt dieser riesige Geldstrom von über 500 Milliarden Euro pro Jahr? Der größte Teil, nämlich etwa 80 Prozent, fließt an die wohlhabendsten 20 Prozent der Bundesbürger, denn diese besitzen etwa 80 Prozent des deutschen Nettovermögens — das ist Vermögen abzüglich Schulden —, während die unteren 50 Prozent der Bundesbürger zusammen so gut wie kein Nettovermögen haben (7). Das sind die offiziell von der deutschen Bundesregierung verwendeten Zahlen.

Frau von der Leyen sagte 2013 als Sozialministerin, die untere Hälfte der Bundesbürger besitze ein Prozent des Gesamtvermögens. Weltweit betrachtet ist die Ungleichverteilung noch stärker. Ein Prozent der Erdbevölkerung besitzen gut die Hälfte des Erdvermögens, den oberen 10 Prozent gehören 85 Prozent davon (8). Es findet also im täglichen Leben ständig eine verdeckte Umverteilung statt durch leistungslose Zahlungsströme, die von

allen zu vergleichsweise wenigen Menschen fließen, eine Umverteilung „von fleißig nach reich“.

Wir haben in Deutschland (genauso wie in praktisch allen anderen Ländern) eine perfekt, geräuschlos und höchst effizient arbeitende Reichensteuer. Alle zahlen ständig an die Reichen. Jedes Mal, wenn wir einen Cappuccino oder etwas Anderes für einen Euro kaufen, fließen etwa 10 Cent an die reichsten ein Prozent der Bevölkerung und knapp 20 Cent an das obere Bevölkerungsdrittel. Weltweit betrachtet ist der Anteil sogar noch etwas höher. Ob wir es wollen oder nicht, ob wir es wissen oder nicht spielt dabei keine Rolle.

Durch diese täglichen, verdeckten Geldströme von allen zu wenigen werden die wenigen langsam aber sicher immer reicher, wenn eine Regierung nichts dagegen unternimmt, sondern neoliberale Wirtschaftspolitik verfolgt, also beispielsweise relativ niedrige oder keine Kapital-, Vermögens-, Erbschafts- und Bodensteuern erhebt oder die Einkommenssteuern senkt. Eine politisch gewollte Laissez-Faire-Marktwirtschaft führt automatisch zu zunehmender Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen. Und genau dieses Phänomen können wir fast weltweit seit den 1980er Jahren beobachten (9). Dadurch werden die Milliardäre automatisch immer mehr und bekommen immer höhere Anteile Gesamtvermögen (10).

Umverteilung von unten nach oben bedeutet aber nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und gesellschaftliche Machtverschiebung. Multimilliardäre wie Elon Musk werden bei ihrem Besuch in Deutschland Anfang September 2020 geradezu wie Staatsoberhäupter empfangen, obwohl sie niemand demokratisch gewählt hat. Das Gleiche gilt für Bill Gates, der in ungeheurem Maße mediale Aufmerksamkeit für seine weltanschaulichen oder politischen Ansichten und damit enormen Einfluss auf politische Weichenstellungen bekommt. Aber niemand hat Bill Gates jemals demokratisch gewählt. Was ihn oder Elon Musk einzig und allein legitimiert ist — seine riesige ökonomische Kapitalmacht.

Das gilt für praktisch alle Multimilliardäre, ob George Soros, Jeff Bezos, Warren Buffet, Larry Fink (der Chef von Blackrock) und so weiter: Ökonomische Geldmacht kann jederzeit in massive politische Einflussnahme überführt werden von Menschen, die nie und von niemand demokratisch gewählt wurden. Das sind gefährliche, antidemokratische Prozesse. Das hebelt eine freiheitliche Demokratie aus.

Der Soziologe Krysmanski brachte die politische und gesellschaftliche Einflussnahme durch große Geldsummen bereits in seinem 2012 erschienenen Buch „0,1 Prozent — Das Imperium der Milliardäre“ gut auf den Punkt:

„*Milliardäre bestimmen — mittels eines Geflechts von Stiftungen und Organisationen und durch die Informationsindustrie — das Bildungswesen ganzer Länder; ihnen gehören Privatuniversitäten, große Teile des Gesundheitswesens, die wichtigsten Zeitungs-, Fernseh- und Filmkonzerne. Sie verfügen über Privatarmeen. Wissenschaftliche Berater, Kunst- und Kulturstrategen, Politiker werden ohne große Unterschiede ‚eingekauft‘*“ (11).

Auch der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz sieht durch den enormen Einfluss von Milliardären auf verschiedene Lebensbereiche, insbesondere jedoch auf die Medien, die Demokratie in Gefahr. Er nennt ein ganzes Kapitel seines 2012 erschienen Buches „The Price of Inequality“ Demokratie in Gefahr (12).

Zwischen 2009 und 2016 sollen Stiftungen in den USA über eine Milliarde Dollar in journalistische Projekte gesteckt haben (13). Allein die Bill and Melinda Gates Foundation soll 250 Millionen Dollar an führende Zeitschriften und Medienhäuser weltweit überwiesen haben (14). Dazu kommt: Ein Großteil der Medienhäuser in Deutschland (sowie in den allermeisten anderen Ländern) ist in Händen von einigen wenigen Familien, die in der Regel Multimillionäre oder Milliardäre sind. Die Eigentümer bestellen die

Chefredakteure und legen damit weitgehend die weltanschaulichen Inhalte ihrer Zeitungen und Sender fest (15).

Außerdem gibt es Parteispenden und Zuwendungen an Abgeordnete, die nur sehr lückenhaft offengelegt werden, interessante Postenangebote für Politiker in der Industrie vor oder nach ihrer Amtszeit, mehr Lobbyisten als Abgeordnete im Bundestag und so weiter und so weiter. Es finden ständig massive Eingriffe in demokratische Entscheidungsprozesse statt und Angriffe auf unsere freiheitliche Demokratie. Echte Demokratie steht diesen Machtinteressen schlichtweg im Weg.

> ***Kurz: gegen die Interessen der Milliardäre ist in den allermeisten Ländern nur sehr schwer zu regieren. Das hat häufig nicht mehr viel mit Demokratie zu tun.***

Laissez-Faire-Marktwirtschaft wird und muss auf Dauer unsere freiheitliche Demokratie nicht nur unterminieren, sondern wird sie zerstören, denn sie widerspricht den Interessen der Milliardäre. Es geht nur eines von beiden: Neoliberalismus oder Demokratie. Geldherrschaft oder freiheitliche Demokratie.

Die Corona-Maßnahmen weltweit haben dieses Dilemma anschaulich auf den Punkt gebracht. In sehr vielen Ländern der Erde wurden demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt. Kleine und mittelständische Unternehmen wurden und werden millionenweise in den Ruin getrieben. Die großen Nutznießer dieser Politik sind die Milliardäre und Großaktionäre, deren Vermögen seit den Corona-Lockdowns dramatisch gestiegen sind.

Unsere Demokratie ist in Gefahr, auch in Deutschland. Und vor allem sind viele unserer Grundrechte in Gefahr. Wir sehen seit Jahrzehnten, im Hintergrund ablaufend, immer stärkere Machtkonzentration bei sehr wenigen, sehr reichen Menschen, eine Bündelung von Macht bei Menschen, die nie demokratisch gewählt

wurden. Wenn wir diese gefährlichen Prozesse nicht durchschauen und nichts dagegen tun, wird unsere freiheitliche Demokratie zerstört werden.

> ***Es geht nur eines von beiden: Freiheitliche Demokratie oder Neoliberalismus, Demokratie oder wenig regulierter Kapitalismus, Demokratie oder Geldadelsherrschaft. Wir müssen uns entscheiden.***

Quellen und Anmerkungen:

(1) Rede vom 1.11.1991: „Economic Freedom, Human Freedom, Political Freedom“: „political freedom, once established, has a tendency to destroy economic freedom“: **https://thedailyhatch.org/2016/01/28/transcript-of-milton-friedman-speech-from-1991/** (https://thedailyhatch.org/2016/01/28/transcript-of-milton-friedman-speech-from-1991/), Stand 2.9.2020.
(2) Vgl. Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago and London 2012, Erstveröffentlichung 1962
(3) Milton Friedman, „The Social Responsibility of Business ist to Increase ist Profits“, The New York Times Magazine, September 13, 1970: „there is one and only one social responsibility of business--to use its resources and engage in activities designed to increase its profits so long as it stays within the rules of the game, which is to say, engages in open and free competition without deception or fraud.“
(4)„harm the foundations of a free society“, Friedman 1970
(5)Vgl. Kreiß/ Siebenbrock (2019), Blenden, Wuchern Lamentieren, Berlin
(6) Vgl. Kreiß, Christian (2019), Das Mephisto-Prinzip in unserer Wirtschaft, Hamburg, S.42ff.

(7) Vgl. Deutsche Bundesbank Monatsbericht März 2016, S.67

(8) **https://en.wikipedia.org/wiki/Distribution_of_wealth** (https://en.wikipedia.org/wiki/Distribution_of_wealth)

(9) **https://www.weforum.org/agenda/2018/11/is-income-inequality-rising-around-the-world** (https://www.weforum.org/agenda/2018/11/is-income-inequality-rising-around-the-world), WEF 23.Nov.2018: „weighted average Gini index increased by four percentage points, from 36.7 to 40.8" 1990-2015

(10) Vgl. **www.inequality.org** (http://www.inequality.org), Rundmail vom 31.8.2020. Demnach haben heute die 10 reichsten US-Amerikaner einen ebenso hohen Anteil am Gesamtvermögen wie 1982 die reichsten 400. Der Konzentrationsprozess hat also enorm zugenommen

(11) Krysmanski, Hans Jürgen (2012): 0,1 Prozent Das Imperium der Milliardäre, Frankfurt/ M., S.18

(12) Stiglitz, Joseph (2012): The Price of Inequality, London, S. 118-145.

(13) Taz 4.2.2020: **https://taz.de/Stiftungsfinanzierter-Journalismus/!5656369/** (https://taz.de/Stiftungsfinanzierter-Journalismus/!5656369/) Stand 4.9.2020

(14) **https://bretigne.typepad.com/on_the_banks/2020/08/shock-report-fact-checkers-remove-article-detailing-bill-gates-funding-of-fact-checkers.html?eType=EmailBlastContent&eId=cb7815ec-b186-4c22-b92f-548ed921fa16** (https://bretigne.typepad.com/on_the_banks/2020/08/shock-report-fact-checkers-remove-article-detailing-bill-gates-funding-of-fact-checkers.html?eType=EmailBlastContent&eId=cb7815ec-b186-4c22-b92f-548ed921fa16)
Stand 3.9.2020

(15) Vgl. Kreiß 2019, S.148ff.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Christian Kreiß, Jahrgang 1962, studierte und promovierte in Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeschichte an der LMU München. Er arbeitete 9 Jahre als Bankier, davon sieben Jahre als Investment Banker. Seit 2002 ist er Professor für BWL mit Schwerpunkt Investition, Finanzierung und Volkswirtschaftslehre. Er ist Autor von sieben Büchern. Zuletzt erschien von ihm „Gekaufte Wissenschaft“. Er wurde 3 Mal als unabhängiger Experte (Grüne, Linke, SPD) in den Deutschen Bundestag eingeladen und gab zahlreiche Fernseh-, Rundfunk- und Zeitschriften-Interviews, hielt Vorträge und veröffentlichte Artikel. Kreiß ist Mitglied bei ver.di und Christen für gerechte Wirtschaftsordnung. Weitere Informationen unter **menschengerechtewirtschaft.de** (https://menschengerechtewirtschaft.de/).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.